


**DR. OTTO WIESHEU**

Deutschlands Wirtschaftslage am Beginn des neuen Jahres: Selten zuvor war die Ausgangssituation besser als heute. Angetrieben von gesunkenen Ölpreisen, historisch niedrigen Zinsen und einem Eurokurs, der das Exportgeschäft beflügelt, läuft die Konjunktur rund. Die Inflation liegt nahe null. Der Arbeitsmarkt glänzt. Die Erwerbstätigkeit erreicht immer neue Rekordhöhen. Fachkräfte sind knapp geworden. Die Arbeitslosigkeit ist auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken. Deutschland geht es gut, Bayern hervorragend. Aus der Sicht von jenseits der Grenzen erscheint die Bundesrepublik vielen als das gelobte Land. Die Abstimmung mit den Füßen, die wir derzeit in historischen Dimensionen erleben, unterstreicht dies.

Aber jenseits aller momentanen Zufriedenheit haben wir allen Grund, uns heute schon zu überlegen, wie es weitergehen soll, was zu tun ist, damit auch die nächsten 10, 20 oder 30 Jahre gute Jahre wer-

## 2016 – Jahr der Entscheidungen Vernunft, Weitblick und Tatkraft gefragt

den. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, auch in guten Zeiten, vorzuschauen, die Realitäten mit Vernunft und Verstand zu betrachten, Versäumnisse zu vermeiden, Fehler zu unterlassen, rechtzeitig die richtigen Entscheidungen zu treffen und nicht erst dann, wenn Krisen heraufgezogen sind. Das macht Führungsverantwortung aus. Nur eine solche Politik, die, wenn es sein muss, auch unbequeme Entscheidungen nicht scheut, schafft und sichert Vertrauen und sorgt für Stabilität.

### Ballung von Herausforderungen

Richtige Entscheidungen sind jetzt umso mehr gefordert, als ein Berg von Herausforderungen vor uns liegt. Dabei sind Herausforderungen nichts Neues. Wir haben sie in den letzten Jahrzehnten meistens erfolgreich gelöst. Selten zuvor haben wir es aber mit einer solchen Akkumulation von Problemen zu tun gehabt wie heute. Selten zuvor ist die Politik in einer solchen Breite auf Bewährungsproben gestellt worden. So ist Griechenland nach wie vor nicht über den Berg, der Euro nicht in Stein gemeißelt. Die Staatsschuldenkrise schwelt weiter vor sich hin. Unser Verhältnis zu Russland ist schwer belastet. Der globale Wettbewerb hat nichts von seiner Schärfe verloren. Durch die digitale Revolution, bei der vor allem die großen „Player“ aus den USA die Maßstäbe setzen, werden die Karten vielfach völlig neu gemischt. Bei der Energiewende haben wir auch fast fünf Jahre nach Fukushima noch keinen festen Boden unter den Füßen.

Zusätzliche Megaherausforderungen sind

im Laufe des letzten Jahres hinzugekommen und in dieser Dimension von niemandem erwartet worden. Dazu zählt vor allem die Flüchtlingsflut, die sich seit Monaten über Deutschland ergießt und die mit Wucht zu allererst in Bayern anbrannt. Wir haben erleben müssen, wie bei dieser unkontrollierten und ungesteuerten Massenzuwanderung europäisches und deutsches Recht in unverantwortlicher Weise außer Kraft gesetzt wurde. Zu den Herausforderungen zählt nicht weniger der Terror, den der selbsternannte Islamische Staat nicht mehr nur im Nahen Osten, sondern auch bei uns in Europa entfacht. Dabei haben Flucht und Terror dieselben Wurzeln: den Zerfall von Staaten.

Zu Beginn der 90er Jahre hat der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama mit der These vom „Ende der Geschichte“ für große Debatten gesorgt. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Ende des Kalten Krieges werde eine neue Weltordnung Einzug halten – geprägt von globalem Frieden in Freiheit und Wohlstand. Selten zuvor hat sich ein Politikwissenschaftler stärker geirrt. Wir erleben das krasse Gegenteil: Konflikte, Kriege, Terroranschläge, Armut. Und wir erleben ein hohes Maß an Ratlosigkeit, diesen Entwicklungen zu begegnen. Trauer und Mitgefühl für die Opfer der Terroranschläge aufzubringen, ist selbstverständlich. Aber eine Organisation wie der IS wird sich nicht durch „Gesundbeten“, außenpolitische Deklamationen oder Wegducken in die Schranken weisen lassen. Wer die Ursachen von Terror und Flüchtlingsflut >> Seite 2



### FIT FÜR DIE DIGITALISIERUNG!

ComCode Events  
1. Quartal:

18. Februar: Datentourismus stoppen!  
Sicherer Umgang mit sensiblen  
Unternehmensdaten

10. März: Leadership & CyberSecurity  
Nachhaltiger Wettbewerbsvorteil bei  
Führungsentscheidungen

Sonderkonditionen auf Security-Dienstleistungen  
für Mitglieder des Wirtschaftsbeirates Bayern

ComCode GmbH | Industriestr. 31, 82194 Grobenzell b. München  
info@comcode.de | www.comcode.de  
T: +49 8142 / 440 2180 | F: +49 8142 / 440 2181

erfolgreich bekämpfen will, muss neben wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aktivitäten auch zu militärischen Mitteln greifen. Das wird nicht allein den USA überlassen bleiben. Europa muss dazu mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik seinen Beitrag leisten. Voraussetzung dafür ist auch mehr Gemeinsamkeit in der Rüstungspolitik und in der Rüstungsexportpolitik. Von alledem sind wir freilich weit entfernt. Überhaupt ist logische Stringenz in der Nahostpolitik des Westens in den letzten Jahren nur schwer erkennbar.

### **Flüchtlingsansturm begrenzen und integrieren**

Dass sich die Staatsregierung in der Flüchtlingsfrage nicht von Gefühlen treiben lässt, sondern frühzeitig eine von Klarheit und Realitätssinn geprägte Position bezogen hat, verdient Anerkennung – auch wenn sie manchen nicht gefällt. Die Doppelstrategie „begrenzen und integrieren“ ist im Sinne der Bevölkerung. Die Anstrengungen, die der Freistaat und die bayerische Wirtschaft mit ihrem Integrationspakt unternehmen, setzen Maßstäbe. Bis 2019 60.000 Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, weist in die richtige Richtung. Gelingende Integration bedeutet vor allem, Menschen in Arbeit zu bringen, damit sie sich und ihre Familien selbst ernähren können und dem Steuerzahler nicht zur Last fallen.

Gleichzeitig muss die Zahl der Flüchtlinge aber begrenzt werden, wenn Staat und Gesellschaft diese Aufgaben konstruktiv erfüllen und nicht in Verwerfungen hineingeraten sollen. Die Obergrenze liegt da, wo die Flüchtlingsflut droht, unsere Integrationskraft zu überfordern. Hinzuzufügen ist: Darüber muss frei von ideologischen Scheuklappen diskutiert werden können. Unsere Demokratie lebt vom streitigen Meinungsaustausch. Schweigespiralen bedrohen sie. Die Menschen sollen sich offen zu dem bekennen können, was sie denken. Wir können bei den kommenden Wahlen kein Interesse an destabilisierenden Ergebnissen haben, mit denen niemand gerechnet hat.

### **Investitions-, Innovations- und Gründeroffensive**

Auch wenn die Flüchtlingsfrage derzeit im Vordergrund steht: Andere Herausforderungen sind nicht weniger ernst zu nehmen. Der globale Wettbewerb setzt sich beschleunigt fort. Die USA melden sich auf der Basis einer strategisch angelegten Energiepolitik auf den industriellen Weltmärkten zurück. Fernost gibt sich längst nicht mehr mit der Rolle des Billiglohnbieters zufrieden, sondern kämpft auch in der Hochtechnologie um ei-

nen Spitzenplatz. High-Tech muss deshalb im Hochlohnland Deutschland ein Thema ganz oben auf der Agenda bleiben. Ein besonderes Kapitel wird dabei auf dem Feld der Digitalisierung geschrieben. Industrie 4.0/ Wirtschaft 4.0 – die digitale Revolution hat uns bereits erste „disruptive“ Strukturänderungen beschert. Sie wird weitere herkömmliche Geschäftsfelder in Frage stellen.

Mit dem Ausbau des Sozialkonsums und rigideren Arbeitsmarktregelungen, die die Große Koalition in Berlin in der laufenden Legislaturperiode groß geschrieben hat, werden wir die Zukunft nicht gewinnen. Die Antwort auf Wettbewerb und Wandel kann auch künftig nur eine klare Vorwärtsstrategie sein: neue Produkte, neue Betriebe, neue Märkte! Wir brauchen eine permanente Innovationsoffensive. Und weil Innovationen durch Investitionen „in die Welt kommen“, brauchen wir gleichzeitig eine Investitionsoffensive. Und weil nicht alle Betriebe im Wettbewerb Bestand haben, brauchen wir zudem eine Gründeroffensive. Umso erfreulicher, dass Bayern 2 Mrd. Euro in den digitalen Aufbruch investiert. Erfreulich auch die massive Anhebung der Mittel des Bundes für den Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur. Über die 3. Bahn am Münchner Flughafen wird hoffentlich zeitnah entschieden. Notwendig sind darüber hinaus mehr Investitionen in der Privatwirtschaft. Hier besteht eine gefährliche Lücke. Wo wollen wir die Arbeitnehmer in 10, 20 Jahren beschäftigen? Da, wo nicht mehr permanent in den Kapitalstock investiert wird, droht der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Ich bleibe dabei: Das direkteste und effektivste Gegenmittel wäre die Wiedereinführung attraktiver degressiver Abschreibungsbedingungen. Und nachdem nur in guten Zeiten investiert wird und nicht in schlechten, wäre es geboten, dies jetzt zu tun.

### **Energiewende muss gelingen**


Auch die Energieversorgung ist nicht irgendein Thema, sondern die Basis unseres Industrie- und Wirtschaftsstandortes. Der Bau der Ölpipelines von Genua und Triest zum Raffineriezentrum Ingolstadt in den 60er Jahren hat uns von der Kohle unabhängiger gemacht und vom Nachteil der Revier- und Hafenerne befreit. Durch die Errichtung der Kernkraftwerke in den 70er und 80er Jahren haben wir die wettbewerbsfähigsten Strompreise in Deutschland bekommen. Beide fundamentalen Weichenstellungen haben die Industrialisierung Bayerns massiv begünstigt und damit den Aufstieg des Freistaats zu einer der wohlhabendsten Regionen der Welt. Die Industrie muss Leitsektor der Wirtschaft bleiben. Die Entwicklung von Handwerk und Dienstleistungssektor

ist eng mit florierenden Industrieunternehmen verbunden. Das magische Dreieck der Energiepolitik – Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Klimaverträglichkeit – darf deshalb unter keinen Umständen aus den Augen verloren werden. Beim Bau der beiden umstrittenen Höchstspannungsleitungen – Südlink und Gleichstrompassage Süd-Ost – vom Norden in den Süden besteht seit dem letzten Sommer erfreulicher Weise grundsätzlich Klarheit. Sie werden einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit Bayerns nach dem Abschalten des letzten Kernkraftwerks 2022 leisten. Sehr kritisch fragen muss man sich, wie weit der Anstieg der Strompreise noch gehen soll, der durch EEG-Umlage, Netzentgelte etc. in immer neue Höhen getrieben wird. Das interessiert nicht nur die privaten Verbraucher. Es interessiert vor allem auch die Unternehmen aus Industrie, Handwerk und Mittelstand, die nicht von den Ausnahmeregelungen der großen Stromabnehmer profitieren.

### **Europa in der Bewährung**

Und zu all dem tritt das Thema „quo vadis Europa?“. Die EU, das historische Einigungsprojekt, kämpft mit einer der größten Krisen ihrer Geschichte. Der Flüchtlingsansturm hat den Kontinent gespalten. Die Schuldenkrise ist nicht überwunden, das Wachstum schwach. Nationalistische Strömungen gewinnen ebenso wie sozialistische an Boden. Die Fähigkeit zu tragfähigen Kompromissen schwindet. Großbritannien entscheidet voraussichtlich noch in diesem Jahr über die Frage des „Brexits“. Dabei wäre eine Politik der Stärke und Geschlossenheit notwendig: Geboten ist der entschlossene Schutz der Außengrenzen zur Wahrung der offenen Grenzen im Schengenraum. Beides zusammen – offene Außen- und offene Binnengrenzen – funktioniert nicht. Notwendig ist die strikte Einhaltung der vereinbarten Haushaltsregeln. Notwendig sind Reformen, die zu mehr Investitionen und Innovationen und damit zu mehr Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa führen. Das freilich setzt Vertrauen in die Verbindlichkeit des europäischen Rechtsgefüges und die Stabilität der Rahmenbedingungen voraus. Daran fehlt es. Die EZB kann diese Funktion mit ihrer fragwürdigen Politik des „Quantitative Easing“, d.h. der Öffnung der Geldschleusen weit über ihr Mandat hinaus, nicht ersetzen.

2016 verlangt nach Entscheidungen. Auf Vernunft, Weitblick und Tatkraft kommt es jetzt mehr denn je an!

  
**DR. OTTO WISHEU**  
**Präsident**



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats,

Ich hoffe, das neue Jahr hat für Sie alle persönlich schwungvoll und erfolgreich begonnen. Ich darf Ihnen jedenfalls auch an dieser Stelle noch einmal das Beste für 2016 wünschen. Um es im Ökonomenkauderwelsch auszudrücken: Mögen sich Ihre privaten und beruflichen Wünsche entsprechend Ihrer Präferenzen erfüllen. Wir werden uns anstrengen, dazu beizutragen. Bleiben Sie dem Wirtschaftsbeirat verbunden.

Die Bombendrohungen von München in der Silvesternacht, die schweren Ausschreitungen zur gleichen Zeit am Kölner Hauptbahnhof und das Selbstmordattentat in Istanbul, dem eine Gruppe deutscher Urlauber zum Opfer gefallen ist, haben leider erste gewaltige Schatten auf das neue Jahr geworfen. Die allgemeine Stimmung ist trüber geworden. Was folgt als nächstes? Das Vertrauen in die Politik, mit den geballten Problemen und Herausforderungen in gewohnter Weise fertig zu werden, hat binnen Jahresfrist abgenommen. Vor

allem Europa, das seine ganze außen- und sicherheitspolitische Macht ge- und entschlossen auf die Befriedung des Nahen Ostens, dem Hauptkrisenherd, konzentrieren müsste, präsentiert sich schwächlich und zerrissen. „Groß im Großen“ – davon ist der alte Kontinent enttäuschend weit entfernt. Die EU muss mehr sein als eine „Schönwetterveranstaltung“.

Erfreulicherweise werden die deutsche und mehr noch die bayerische Wirtschaft mit der eingetrübten geopolitischen Großwetterlage bislang bemerkenswert gut fertig. Wirtschaft und Beschäftigung wachsen weiter. Die Krisen in einer Reihe von Schwellenländern haben dem Exportgeschäft insgesamt noch nicht allzu viel anhaben können. Natürlich gilt das nicht für die Unternehmen, die dort ihren Absatzschwerpunkt haben. Gleichzeitig hat der private Konsum deutlich an Schwung gewonnen. Vor ein paar Jahren war dies bekanntlich noch eine der Achillesfernen in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Am Rande bemerkt: Wenn Ökonomen jetzt konstatieren, die Sozialleistungen zugunsten der mehr als 1 Mio. Flüchtlinge, die im letzten Jahr in Deutschland aufgenommen worden sind, würden wie ein zusätzliches konsumtives Konjunkturprogramm wirken, dann ist das zweifellos richtig. Allerdings ist dies kein Programm zum Nulltarif: Es verringert die Konsolidierungsspielräume von Bund und Ländern. Alternativ könnte man die Mittel natürlich auch für steuerliche Entlastungen verwenden bzw. in investive Bereiche lenken, die der Zukunftssicherung dienen. Aber wir wollen bei solchen ökonomischen Abwägungen das Humanitäre nicht klein schreiben.

Anders als der private Verbrauch entwickeln sich die privaten Investitionen nach wie vor nicht zufriedenstellend. In Teilbereichen liegen sie unter den Abschreibungen. Das ist

für die mittel- und längerfristige Entwicklung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt brandgefährlich. Ohne ein hohes Investitionstempo werden wir dem globalen Wettbewerb und dem beschleunigten Strukturwandel nicht standhalten. Die digitale Revolution, die große Teile der Wirtschaft schon auf den Kopf gestellt hat und noch auf den Kopf stellen wird, entwickelt sich nicht von selbst zum Gewinnerthema. In sie muss massiv investiert werden. Präsident Otto Wiesheu hat Recht, wenn er in seinem vorstehenden Leitartikel deshalb die Wiedereinführung der degressiven Afa fordert und auf ein insgesamt verbessertes Investitionsklima pocht. Er und Armin Geiß, der Vorsitzende unseres Energieausschusses, haben sich vor kurzem in einem neuen Positionspapier dazu geäußert, was dies für den Fortgang der Energiewende bedeutet. Siehe dazu auch die Zusammenfassung in dieser Ausgabe.

Die große Koalition hat in den letzten Jahren bei den Rahmenbedingungen wenig getan, um den Boden für einen Investitionsschub zu bereiten. Eher sind die guten Zeiten dazu genutzt worden, zusätzliche soziale Wohltaten zu gewähren und den Arbeitsmarkt neu zu verriegeln. 2017 wird der Bundestag neu gewählt. Dem „Bio-rhythmus“ der Politik zu Folge, bedeutet dies dann „Ruhe an der politischen Front“. Rien ne va plus. Im Grunde bleibt damit nur noch dieses Jahr, um vom „Verteilungsmodus“ auf den „Investitionsmodus“ umzuschalten.

Wir werden die Entwicklungen auf allen Ebenen der Politik auch in diesem Jahr mit einer Fülle aktueller Veranstaltungen begleiten. Auf die kommenden Begegnungen mit Ihnen freue ich mich.

Herzlichst  
Ihr  
**Jürgen Hofmann**



**Kaffeemaschinen  
Kaffeeautomaten  
Snackautomaten  
Getränkeautomaten  
Fotoautomaten**



**zoells.de** GmbH  
**rund um die Uhr**



**Kapell-Leite 2  
90579 Langenzenn  
Tel. 09101/909390**



# Zur Energiepolitik in Europa, Deutschland und Bayern

## Neues Positionspapier des Wirtschaftsbeirats

Mit einem Positionspapier von Präsident **Dr. Otto Wiesheu** und dem Vorsitzenden des Energieausschusses, **Armin Geiß**, hatte der Wirtschaftsbeirat vor einem Jahr seine Überlegungen zur Energiewende in den großen „Energiedialog Bayern“ der Staatsregierung eigespeist. Seither ist die energiepolitische Debatte auf allen Ebenen weiter vorangeschritten.

Auf europäischer Ebene verfolgt die Kommission das Ziel eines integrierten Energiebinnenmarktes. Auf Bundesebene hat nach der Festlegung neuer Regeln für die Förderung der regenerativen eine umfassende Diskussion zum neuen Design des Strommarktes stattgefunden. Sie hat zu einer Entscheidung gegen einen Kapazitätsmarkt und pro Bestätigung des Energy-Only-Marktes geführt, abgesichert durch Kapazitäts- und Netzreserven. Zudem haben die Koalitionsspitzen Anfang Juli u.a. den Bau von zwei Gleichstromleitungen von Norden nach Süden mit dem Vorrang der Verkabelung sowie die Errichtung von Gaskraftwerken mit einer Leistung von 2 GW in Süddeutschland beschlossen.

In Bayern hat die Staatsregierung im Oktober ein neues „Bayerisches Energieprogramm“ vorgelegt. Es enthält als Forderungen u.a. regionale Quotenregelungen bei der Ausschreibung von regenerativen Anlagen, die Ausrichtung der regenerativen an der Netzinfrastruktur, die Einführung einer Strompreisbremse, ggfls. durch eine Fondslösung, die Schaffung speicherfreundlicher Rahmenbedingungen und die Förderung der Speicherforschung sowie verbesserte Bedingungen für Netzinvestitionen und die entschädigungslose Abregelung von 3 Prozent der jährlich erzeugten Energiemenge.

Otto Wiesheu und Armin Geiß haben den Fortgang der energiepolitischen Diskussion zum Anlass genommen, mit Unterstützung ausgewiesener Experten aus dem Energiebereich eine aktuelle Positionierung des Wirtschaftsbeirats vorzunehmen. Sie stellen dabei fest, dass auf allen Ebenen eine Vielzahl von Vorschlägen zur Energiewende gemacht würden. Diese beeinflussten sich gegenseitig und seien zum Teil auch nicht kompatibel. Es sei notwendig, sich auf die

zentralen Punkte zu konzentrieren, die für das Gelingen der Energiewende maßgeblich sind:

### 1. Europäische Energieunion:

Sie ist anzustreben. In ihr müssen die Kräfte der Mitgliedsländer hinsichtlich der Aspekte Versorgungssicherheit, preisgünstige Versorgung, Emissionsminderung und Forschung gebündelt werden. Im Strombereich ist dafür der Ausbau grenzüberschreitender Leitungen notwendig. Für regionale und nationale Autarkiebestrebungen besteht kein Raum.

### 2. Strommarkt-Design:

Mit der Entscheidung gegen einen Kapazitätsmarkt und für die Fortentwicklung des Energy-Only-Marktes (EOM 2.0) mag sich in Verbindung mit zusätzlichen Absicherungsmaßnahmen kurz- und mittelfristig Versorgungssicherheit gewährleisten lassen. Das Modell wird aber nicht zu den längerfristig erforderlichen Neuinvestitionen in konventionelle Kraftwerke führen, da das Investitionsrisiko zu hoch ist. Es ist daher größte Aufmerksamkeit darauf zu verwenden, einen Modellwechsel rechtzeitig zu erkennen und einzuleiten.

### 3. Absicherung der Gasversorgung:

Dass nach dem Bayerischen Energieprogramm dem Aspekt der Versorgungssicherheit im Gasbereich erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wird, ist zu begrüßen. Das gilt für die Speicherbewirtschaftung ebenso wie für den Bau neuer Gasleitungen beim Ausbau der Gaskraftwerkskapazitäten.

### 4. Ausbau der Transportnetze/ HGÜ:

Die Anerkennung der Notwendigkeit zweier Gleichstromverbindungen von Nord nach Süd ist aus Gründen der Versorgungssicherheit und des Erreichens der angestrebten regenerativen-Quoten in der Bundesrepublik ebenfalls begrüßenswert. Alle Kräfte müssen sich nunmehr darauf konzentrieren, die Verfahren wie bei der Errichtung der Thüringer Strombrücke zu beschleunigen und den Bau, mit dem vielfach Neuland betreten wird, zügig fertig zu stellen.

### 5. Strompreise:

Nach allen Prognosen wird die EEG-Um-

lage in den nächsten Jahren nicht sinken, sondern weiter steigen. Hinzu kommen die Belastungen der rasch steigenden Netzkosten und absehbar milliardenteure zusätzliche Lasten aus dem CO<sub>2</sub>-Handel. Die Strompreise müssen stabilisiert werden, die Staatsquote am Strompreis ist einzufrieren. Hierbei ist u.a. daran zu denken die Stromsteuer zu senken und die Umsatzsteuer auf die EEG-Umlage abzuschaffen. Die regenerativen im Interesse von Kosteneffizienz und gezielter Ausbausteuerung über Ausschreibungen zu fördern, ist der richtige Weg.

### 6. Digitalisierung der Energiewirtschaft:

Die Digitalisierung ist für die Energieversorgung von zentraler Bedeutung. Bei einem flächendeckenden Roll Out von intelligenten Messsystemen muss der Kundennutzen im Mittelpunkt stehen. Es empfiehlt sich, die Verteilnetzbetreiber als Daten- und Kommunikationsdrehscheibe zu nutzen. Neue Schnittstellen und der Aufbau neuer Strukturen sind aus Kostengründen zu vermeiden.

### 7. Energieeffizienz:

Die im Bayerischen Energieprogramm dargestellten Ziele und Maßnahmen zur effizienten Nutzung der Energie als erster der drei Säulen „Effiziente Verwendung“, „Nachhaltige Erzeugung“ und „Notwendiger Transport“ werden vom Wirtschaftsbeirat nachdrücklich unterstützt.

### 8. Leistungsfähigkeit der Energiewirtschaft:

Die Beschlüsse zur Energiewende haben zu drastischen Auswirkungen auf die Unternehmen der Energiewirtschaft geführt. Dies gilt für die Betreiber von Kernkraftwerken ebenso wie für die Betreiber konventioneller Kraftwerke. Der deutsche Sonderweg darf nicht zur Vernichtung der in über hundert Jahren gewachsenen Unternehmensstruktur führen, ohne dass sich eine bessere Alternative ergibt.

Die Langfassung des „Positionspapiers des Wirtschaftsbeirats Bayern zur Energiepolitik in Europa, Deutschland und Bayern“ vom November 2015 kann von der Startseite unserer Homepage [www.wbu.de](http://www.wbu.de) heruntergeladen werden. Auf Wunsch schicken wir sie Ihnen auch gerne zu.

## IMPRESSUM:

**Herausgeber:** Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel.: 089-2422860, Fax: 089-291518, [www.wbu.de](http://www.wbu.de),  
**V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 12.01.2016 – **Produktion/Anzeigen:** ddmedia | weltbuch Verlag, [www.weltbuch.com](http://www.weltbuch.com)

# Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

## 7. Dezember – Arbeitskreis Immobilienwirtschaft

„Wohnraumschaffung und Flüchtlingsunterbringung – Wie ist die aktuelle Herausforderung zu bewältigen?“ – die hohe Teilnehmerzahl zeigte, dass der Arbeitskreisvorsitzende Dr. Dirk Brückner die richtige Frage aufgegriffen hatte. Ministerialdirigentin Ingrid Simet, Leiterin der Abteilung Recht, Planung und Bautechnik im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, und Cornelius Mager, Leiter der Lokalbaukommission und der Task Force zur Flüchtlingsunterbringung der Landeshauptstadt München, umrissen in ihren Impulsreferaten Situation, Aufgabe und bereits eingeleitete Maßnahmen. Bei der anschließenden Diskussion auf dem Podium auch vertreten: Ullrich Sander, Erster Bürgermeister der Gemeinde Taufkirchen bei München; Hans Hammer, Vorstandsvorsitzender Hammer AG; Christian Böhm, 1. Vorsitzender des deutschen Werkbund Bayern e.V., Initiator der Initiative „Wohnraum für alle“, und Rechtsanwalt Dr. Mark Butt, Partner GSK Stockmann & Kollegen. Es bestand Einvernehmen, dass der Flüchtlingsansturm die Wohnungsbaupolitik in besonderer Weise herausfordert.



Foto (GG) v.l.n.r.: Ullrich Sander, Cornelius Mager, Ingrid Simet, Dr. Dirk Brückner, Dr. Mark Butt, Christian Böhm.

## 9. Dezember – Alpenblicke (Ausschuss Medienpolitik)

4. und letzte Alpenblicke 2015: Dorothee Bär, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, ließ sich von Prof. Wolfram Winter, Vorsitzender des Medienausschusses, ins Kreuzverhör nehmen. Bär informier-

te über den Stand und die Perspektiven des Breitbandausbaus in Deutschland, den sie auf einem guten Weg sah. Daneben ließ die Staatssekretärin aber auch keine Frage zu ihrem persönlichen Umgang mit Social Media unbeantwortet. Bär nutzt seit langem dieses moderne Kommunikationsinstrument.



Foto v.l.n.r.: Dorothee Bär, Prof. Wolfram Winter.

## 15. Dezember – Bezirk Würzburg/Schweinfurt



Foto v.l.n.r.: Artur Steinmann, Oliver Jörg, Dr. Markus Söder, Stefan Rühling, Thomas Eberth.

Gemeinsame Veranstaltung mit den CSU-Kreisverbänden Würzburg Stadt und Land im Vogel Convention Center in Würzburg zum Thema „Wirtschaftsstandort Unterfranken – Was kann die Politik zur Stärkung tun?“. Nach der Begrüßung von MdL Oliver Jörg und einem Kurzreferat von Artur Steinmann, Vorsitzender des Bezirks Würzburg/Schweinfurt, zur Situation der Wirtschaft in Unterfranken, ging Dr. Markus Söder, MdL, Bayerischer Staatsminister der Finanzen für Landesentwicklung und Heimat, auf die Initiativen und Maßnahmen der Staatsregierung zugunsten der Region ein. An der anschließenden Diskussionsrunde über die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft

Mainfrankens beteiligten sich auch Stefan Rühling, Vorsitzender der Geschäftsführung von Vogel Business Media GmbH, und Bürgermeister Thomas Eberth, CSU-Kreisvorsitzender Würzburg Land.

## 15. Dezember – Bezirk München



Weihnachtessen mit dem erweiterten Vorstand des Bezirks München im Löwenbräukeller in München. Vorsitzender Hans Hammer freute sich über die Teilnahme von Präsident Dr. Wiesheu, der über die Arbeit des Wirtschaftsbeirates und die Themenschwerpunkte im nächsten Jahr berichtete. Dem schloss sich eine intensive Diskussion über die ganze Breite der aktuellen Herausforderungen an.

## 17. Dezember – Junger Wirtschaftsbeirat



Wie in den vergangenen Jahren wurde auch das Veranstaltungsjahr 2015 des Jungen Wirtschaftsbeirates mit einem gemütlichen Weihnachtessen beendet und abgerundet. Dieses Mal im neu eröffneten Wirtshaus Münchner Stubn am Hauptbahnhof mit Bierprobe und Fassanzapfen. Es begrüßten die Vorstände Kathrin Wickenhäuser (4.v.l.) und Vinzent Ellissen (6.v.l.). Dr. Jürgen Hofmann (1.v.r.), Generalsekretär, dankte für die hervorragende Arbeit des Jungen Wirtschaftsbeirates im abgelaufenen Jahr und für das große ehrenamtliche Engagement der Vorstände.

## Auf der Suche nach Kontakten in Wirtschaft und Verwaltung?

## Dann schalten Sie Anzeigen im »Kompass«!

Mehr unter: [www.wbu.de/mitglieder-info.asp](http://www.wbu.de/mitglieder-info.asp)



# Terminvorschau

## 1. Februar, München

Ausschuss für Umweltpolitik: Ulrike Scharf, MdL, Bayerische Staatsministerin für Umwelt u. Verbraucherschutz, „Wachstum nachhaltig gestalten: Bayerische Umweltpolitik für das 21. Jahrhundert“

## 11. Februar, München

Ausschuss für Energie- u. Rohstoffpolitik: Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Staatssekretär a.D., Direktor European Center for Energy and Resource Security, Kings College London, Geschäftsführender Gesellschafter Pflüger International GmbH; Wolfgang Anzengruber, Vorstandsvorsitzender der Verbund AG, Wien, Präsident Oesterreichs Energie; „Deutschlands Energiepolitik – die Sicht von außen“

## 23. Februar, Landshut

Bezirk Landshut: Prof. Panu Poutvaara, Ph. D., Ifo Institut - Ifo Zentrum für Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung, „Euro, Flüchtlinge und deren Integration in den deutschen Arbeitsmarkt“

## 29. Februar, Bad Kissingen

Bezirk Rhön/Saale: Albert Füracker, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, „Die Heimatstrategie der Staatsregierung“

## 3. März, Altötting

Bezirk Inn/Salzach: Dr. Jürgen Gros, Vorstand Genossenschaftsverband Bayern e.V., „Klartext: Warum Bankenregulierung längst ein Mittelstandsthema ist“

## 10. März, Thansau

Bezirk Rosenheim: Dr. Michael Lüders, Middle East Consulting Group, „Pulverfass Naher Osten“

## 11. März, Bad Reichenhall

Bezirk Berchtesgadener Land/Traunstein: Dr. Astrid Rössler, Landeshauptmann Stellvertreterin Land Salzburg, „Salzburg - Bayern“

## 15. März, München

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Dr. Ludwig Spaenle, Bayerischer Staatsminister für Bildung u. Kultus, Wissenschaft u. Kunst, „Integration junger Flüchtlinge in unser Bildungssystem und wie Wirtschaft und Politik hier Hand in Hand arbeiten können“

## 17. März, Passau

Bezirk Passau: Andreas Scheuer, MdB, Generalsekretär der CSU, „Kaminabend zum Thema Flüchtlinge“

## 17. März, München

Ausschuss Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: Prof. Dr. Volker Deville, Leiter Zukunftsthemen Allianz Deutschland AG, „Arbeitswelt im digitalen Wandel“

## 10. Mai, Aldersbach

Ausschuss für Tourismus: „Bier in Bayern – 500 Jahre Reinheitsgebot – Chance für zusätzliche Tourismusattraktionen“

## 12. Mai, München

Ausschuss Europapolitik: David McAllister, MdEP, „Brexit“

## 12. Mai, Neumarkt

Bezirk Jurakreis: Staatsminister a.D. Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern; Albert Füracker, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsminis-

terium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

## 23. Juni, Tittmoning

Bezirk Berchtesgadener Land/Traunstein, Inn Salzach, Passau: Sommerempfang der südostbayerischen Bezirke, Dr. Wilfried Haslauer, Landeshauptmann des Landes Salzburg

## 8. Juli, Frauenchiemsee

Bezirk Berchtesgadener Land/Traunstein: Frauenwörther Gespräche mit Bischof Dr. Rudolf Voderholzer

## 10. August, München

Bezirk München: Sommerlounge

## 28. November, München

Generalversammlung

## Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Dr. jur Philipp Roeckl, Rechtsanwalt, Baldham
- Michael Auer, Rechtsanwalt, München
- Klassik Hotel am Tor GmbH, Thomas Heigl, Weiden
- Florian Kurz, energy2finance consulting GmbH, Grasbrunn
- Mattia Dalla Costa, Rechtsanwalt, München
- Tegernsee Med GmbH, Ludwig Klitzsch, Tegernsee
- Dr. Dr. Gero Seeliger, Pullach
- Sigrid Blehle, Ärztin, München
- Dr. Siegfried Blehle, München
- Ludipec GmbH, Michael-Alexander Kübler, München
- Robert Brunner, M.A., Balance-Augsburg i.G., Augsburg
- Sanotec Medizintechnik e.K., Herbert Gruber, München
- Dr. Manfred Ferber, Baldham
- Dr. Christian Heinze, Rechtsanwalt, München
- BWT Bayerische Wirtschaftstreuhand GmbH, Christian Jagosch, München
- Dr. Claus D. Rohleder, München
- Karl Panzer, München
- Hoffstadt Graf Schönborn Skusa Frhr. v. Feury, Dr. Markus Pflügl, München

## Sind Sie stolz auf Ihre Stadt? Dann werben Sie damit!



Hier würde Ihr Logo bzw. Ihre Firmendaten stehen

Mit Wandkalendern Ihres Unternehmens oder Ihrer Institution sind Sie ein Jahr lang bei Ihren Kunden, Partnern und Freunden präsent!

[www.weltbuch.com/kalender/2017](http://www.weltbuch.com/kalender/2017)